

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

3. Jahrgang

Ausgabe 2/2006

16.06.2006

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Die Solidarumlage muß abgeschafft werden.....	1
Kostenexplosion bei Hartz IV	3
Tiefensee will höhere Bußgelder für Autofahrer.....	5
Kurz notiert	6
Der gute Rat	7
Zu guter Letzt.....	8
Impressum	8

Die Solidarumlage muß abgeschafft werden

Seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 sind über **1,3 Billionen Euro an Fördergeldern in die neuen Bundesländer** geflossen. Bis 2009 werden weitere 10,5 Mrd. Euro pro Jahr aus dem Fond Deutscher Einheit aufgebracht, bevor sich die Zahlungen schrittweise verringern und 2019 schließlich ganz auslaufen. Finanziert wird dieser Fonds u. a. aus dem Solidaritätszuschlag. Der ist bekanntlich eine Bundessteuer, die auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer erhoben wird. Steuerpflichtig sind also sowohl natürliche als auch juristische Personen wie Aktiengesellschaften und GmbHs, und zwar in West- und Ostdeutschland. Der Soli soll dazu beitragen, das Wirtschaftsniveau der neuen Bundesländer an das der alten Bundesrepublik anzugleichen. Seit 1998 beträgt der Steuersatz 5,5%.

Weitgehend unbekannt ist dagegen, daß sich auch Städte und Gemeinden an den finanziellen Lasten der Deutschen Einheit beteiligen müssen, und zwar in Form der

sog. **Solidarumlage**. Davon betroffen sind anders als beim Solidaritätszuschlag aber ausschließlich Kommunen in Westdeutschland. Sie müssen Teile ihrer Gewerbesteuereinnahmen an das Land und den Bund abführen. Diese Gelder werden zum einen zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Solidarpaktes II eingesetzt. Zum anderen fließen die kommunalen Beiträge in den Fonds Deutsche Einheit, mit dem der Bund vereinigungsbedingte Lasten der Vergangenheit bezahlt.

Wegen der eigenen Haushaltsmisere sind viele Städte und Gemeinden in Westdeutschland aber schon jetzt kaum noch in der Lage, ihre kommunalen Aufgaben wahrzunehmen – geschweige denn, die Solidarumlage aus Mitteln des Verwaltungshaushaltes zu erwirtschaften. Und so sehen sich viele Stadtkämmerer gezwungen, **Kassenkredite aufzunehmen, um den Zwangsobolus abführen zu können**.

Die Solidarumlage ist aber auch deshalb fragwürdig, weil sich die finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden in den alten Bundesländern mittlerweile genauso miserabel darstellt wie die der Ost-Kommunen. Beispiel Dresden und Duisburg: Die sächsische Landeshauptstadt mit ihren 480.000 Einwohnern hat bei einer Arbeitslosenquote von 15,4% Verbindlichkeiten in Höhe 750 Millionen Euro aufgehäuft. In Duisburg sieht die Lage kaum besser aus: Hier leben 508.000 Menschen, die Erwerbslosigkeit liegt bei 17,6% und die Schulden belaufen sich auf knapp 500 Millionen Euro. Dennoch erhält nur Dresden Fördergelder aus dem Solidarpaket II, der obendrein noch von Duisburg mitfinanziert wird. Stolze 470 Millionen Euro hat sich die Ruhrmetropole die Solidarumlage in den letzten 10 Jahren kosten lassen. Dieser Betrag entspricht in etwa dem derzeitigen Schuldenstand der Stadt.

Doch nun regt sich erster Widerstand im Westen. In Bayern verweigerten mehr als 100 Kommunen unter Hinweis auf ihre katastrophale finanzielle Situation monatelang die Zahlung der Solidarumlage – mit Erfolg: Die bayerische Staatsregierung hat dem Druck nachgegeben und sich dazu bereiterklärt, die notwendigen Mittel bis 2008 stufenweise aus dem Landeshaushalt aufzubringen. Ein Schritt in die richtige Richtung!

Der BIW meint: Die Solidarumlage zu Lasten der zum Teil hochverschuldeten westdeutschen Kommunen, die als Teil des Solidarpaketes II eigentlich bis 2019 verpflichtend ist, **muß zügig abgeschafft werden.** Um den Wegfall der heute von Städten und Gemeinden aufbrachten Mittel zu kompensieren, muß erstens der Beitrag von Bund und Ländern etwa im Rahmen des Länderfinanzausgleiches erhöht werden. Zweitens sind die Transferzahlungen für die neuen Bundesländer in

Höhe von 156,5 Milliarden Euro, die der Solidarpaket II in den nächsten 13 Jahren vorsieht, zu reduzieren. Anstelle von Dauersubventionen müssen die neuen Bundesländer durch geeignete Maßnahmen endlich in die Lage versetzt werden, ökonomisch und damit auch finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Wir fordern deshalb die Einrichtung einer „**Sonderwirtschaftszone Ost**“, in der die Ansiedlung klein- und mittelständischer Unternehmen durch temporäre Steuerbefreiungen und gesetzliche Erleichterungen gefördert wird, um neue Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Parallel dazu muß durch ein **aktives Standortmarketing** versucht werden, nach Osteuropa abgewanderte deutsche Firmen für die Ansiedlung in den neuen Bundesländern zu gewinnen.

Die im Rahmen des Solidarpaketes II zur Verfügung stehenden Fördergelder dürfen nicht mehr nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt, sondern müssen gezielt in Regionen **mit hohem Entwicklungspotential investiert werden** („Leuchttürme“). Dagegen sind Regionen, die nur geringe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen und auch aufgrund der prognostizierten demographischen Entwicklung schlechte Zukunftsperspektiven haben, organisiert zurückzubauen. Und schließlich muß die Kleinstaaterei im Osten endlich beendet werden. 5 Bundesländer, die zusammen weniger Einwohner zählen als Nordrhein-Westfalen, sind schlicht zu teuer. Eine **Länderneugliederung** auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, an deren Ende 2 Bundesländer einschließlich Berlins stehen, würde die Zahl der Regierungs- und Verwaltungsapparate deutlich reduzieren und damit in beträchtlichem Umfang Geld einsparen. Das läge nicht nur im Interesse der zahlenden Westländer, sondern würde auch die dringend nötige ökonomische Entwicklung Ostdeutschlands fördern.

Kostenexplosion bei Hartz IV

Die Erwartung der etablierten Parteien, durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II im Rahmen der Hartz-IV-Reform Milliardensummen einzusparen, hat sich nicht erfüllt. Als das neue Gesetz zum 1. Januar 2005 in Kraft trat, rechnete die damalige rot-grüne Bundesregierung für 2005 mit Kosten in Höhe von 14 Milliarden Euro. Tatsächlich beliefen sich die Ausgaben des Bundes im vergangenen Jahr aber auf **satte 24,6 Milliarden Euro, 74% mehr als angenommen**. Addiert man die Kosten der Länder und Kommunen hinzu, wurden von der öffentlichen Hand im vergangenen Jahr insgesamt **37,5 Milliarden Euro** für Hartz IV ausgegeben. Zum Vergleich: Im alten System hätten die Transferzahlungen des Staates unter denselben Bedingungen lediglich 35,5 Milliarden Euro betragen, wären also um 2 Milliarden Euro niedriger ausgefallen. Die vielgepriesene Arbeitsmarktreform brachte also nicht die erhofften Einsparungen, sondern hat sich in Wahrheit als ein Kostensteigerungsprogramm entpuppt. Und daran dürfte sich auch im laufenden Jahr nichts ändern. Von Januar bis April 2006 summierten sich die Ausgaben für Hartz IV auf 9,2 Milliarden Euro, 4 Milliarden Euro mehr als erwartet. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr kommt auf den Bund somit eine Belastung von 27,6 Milliarden Euro zu, über 12% mehr als noch in 2005.

Die Gründe für die Kostenexplosion sind unter Experten umstritten, auch wegen der immer noch dürftigen Datenlage. Augenscheinlich ist aber der **drastische Anstieg der Empfängerhaushalte**. Waren Anfang 2005, als die Reform an den Start ging, noch 3,33 Millionen sog. Bedarfsgemeinschaften registriert, sind es nun knapp 4 Millionen. Viele ALG II-Empfänger unter 25 haben die Gelegenheit genutzt, sind aus ihrem Elternhaus ausgezogen und haben

einen eigenen Hausstand (sprich Bedarfsgemeinschaft) gegründet, finanziert vom Steuerzahler. Verkalkuliert haben sich die Verantwortlichen auch bei der Zahl der sogenannten „Aufstocker“. Dabei handelt es sich um Erwerbstätige, deren Verdienst unterhalb des Existenzminimums liegt und die deshalb Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen des Staates haben. Gleiches gilt für Arbeitslose mit niedrigem ALG I. Bei den Planungen zu Hartz IV war man von maximal 200.000 Aufstockern ausgegangen. Tatsächlich müssen Arbeitsagenturen und Kommunen schon heute knapp **1 Million Niedrigverdiener unterstützen**, Tendenz stark steigend. Dazu beigetragen hat vor allem die rasant wachsende Zahl von Minijobs mit einem Arbeitsentgelt von bis zu 400 Euro, die – wie von Kritikern frühzeitig prognostiziert – zahlreiche Vollzeitstellen vor allem im Handel und im Dienstleistungsbereich verdrängt haben.

Ferner wird vermutet, daß viele Menschen, die schon früher Anspruch auf Sozialhilfe gehabt hätten, jedoch den Gang zum Sozialamt scheuten, nun ebenfalls Unterstützung von den Arbeitsagenturen beziehen. Und schließlich nehmen es die Behörden mit den Kontrollen weit weniger genau als in der Öffentlichkeit vermutet. So prüft die Bundesagentur für Arbeit derzeit kaum, ob Langzeitarbeitslose aufgrund ihrer finanziellen Situation tatsächlich Anspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialgeld haben. Bei Neuanträgen eruieren die Jobagenturen **nur in drei von zehn Fällen die Vermögensverhältnisse der Erwerbslosen**.

Aufgeschreckt durch die unerwartet hohen Kosten für Hartz IV beschloß der Deutsche Bundestag vor einigen Tagen eilig ein Korrekturgesetz, von dem man sich schon im laufenden Jahr Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro verspricht. Die

Novelle sieht vor allem eine **schärfere Bekämpfung des Mißbrauchs** durch verbesserte Kontrollmöglichkeiten und Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit vor. Außerdem werden die Rentenzahlungen des Bundes für ALG II-Empfänger deutlich gesenkt. Einigen unionsregierten Bundesländern und vielen Spitzenpolitikern von CDU und CSU gehen diese Maßnahmen aber nicht weit genug. Sie fordern eine Generalrevision der unter rot-grüner Ägide eingeführten Arbeitsmarktreformen und können sich – wie der bayerische Ministerpräsident Stoiber – auch neuerliche Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen vorstellen. Wer arbeitet, so die flotte Parole, der müsse am Monatsende mehr Geld in der Tasche haben als ein Hartz IV-Empfänger.

Mit solchen Forderungen tut sich der Koalitionspartner SPD naturgemäß schwer, auch weil man im Willy-Brandt-Haus bei neuerlichen Einschnitten ins soziale Netz ein Erstarren der Linkspartei von Gysi und Lafontaine befürchtet.

Der BIW meint: Die jetzt veröffentlichten Zahlen belegen einmal mehr, daß unter den Bezeichnungen Hartz I bis Hartz IV bekanntgewordenen Arbeitsmarktreformen zum größten Teil gescheitert sind. Weder konnten die Kosten gesenkt noch die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen verbessert werden. Das liegt nicht allein an handwerklichen Fehlern, die von den Verantwortlichen bei der Ausarbeitung des Gesetzes zweifellos gemacht wurden. Vielmehr zeigt die nach wie vor katastrophale Arbeitsmarktlage auch die Unfähigkeit der etablierten Politik, auf die Herausforderungen der Globalisierung angemessen zu reagieren. Forderungen nach **Leistungskürzungen bei ALG-II-Empfängern**, die vorzugsweise von gut-situierten Politiker und Verbandsfunktionären der Wirtschaft erhoben werden, **sind abzulehnen**. Das Arbeitslosengeld II, dessen Höhe schon jetzt unterhalb des frühe-

ren Sozialhilfeniveaus liegt, deckt nur noch das Existenzminimum ab. Wer hier weiter sparen will, legt die Lunte an ein soziales Pulverfaß und spielt damit den Radikalen von links wie von rechts in die Hände.

Der eigentliche Grund für den zu geringen Abstand zwischen den Sozialtransfers für Langzeitarbeitslose und den Einkommen im Niedriglohnsektor ist nicht das zu üppige ALG II, sondern die **beschleunigte Ausbreitung von Dumpinglöhnen** vor allem im Dienstleistungsbereich. Diesem Phänomen, das eine fatale Abwärtsspirale von Einkommen und Preisen in Gang gesetzt hat, kann wirksam nur durch einen **gesetzlichen Mindestlohn** begegnet werden, wie er nicht nur in den USA, sondern auch den meisten EU-Staaten längst Realität ist. Dieser Mindestlohn darf allerdings keine fixe Größenordnung haben, sondern muß nach Branchen und Regionen differenziert werden, um wirtschaftliche Verwerfungen und damit Arbeitsplatzverluste zu vermeiden.

Darüber hinaus sind **Sanktionen gegen arbeitsunwillige Leistungsbezieher** zu verhängen, was in der Praxis viel zu wenig geschieht. Denn das Gesetz räumt den Fallmanagern in den Arbeitsagenturen einen relativ großen Ermessensspielraum für den Einzelfall ein, der auch weidlich genutzt wird. Um den Leistungsmißbrauch wirkungsvoll zu bekämpfen, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Erwerbslose, die sich der Aufnahme angebotener Arbeit verweigern, sind die finanziellen Leistungen im Wiederholungsfall komplett zu streichen und auf Sachmittelbezug umzustellen. Werden gesundheitliche Gründe für die Ablehnung oder Aufgabe einer vermittelten Stelle geltend gemacht, hat der Betroffene grundsätzlich ein **amtsärztliches Attest** vorzulegen.

Diese Regelung ist auch bei sog. 1-Euro-Jobs anzuwenden.

- Um arbeitsunwillige Leistungsbezieher schneller zu identifizieren, **sind auch die Arbeitgeber einzubeziehen**. Signalisiert ein Erwerbsloser im Vorstellungsgespräch ohne sachlichen Grund sein Desinteresse an der angebotenen Stelle, muß das ebenfalls zu Sanktionen durch die Arbeitsagentur führen. Wenn möglich, sollten Fallmanager schwer vermittelbare Arbeitssuchende zu Vorstellungsterminen begleiten.
- Zukünftig ist bei jedem Erwerbslosen, der ALG II oder Sozialgeld beantragt, eine **obligatorische Bedürftigkeitsprüfung** vorzunehmen. Es muß festgestellt werden, ob der Einzelne über Vermögen jenseits der erlaubten Freigrenzen ver-

fügt, was eine Gewährung staatlicher Unterstützungsleistungen ausschließt. Zu diesem Zweck ist auch Arbeitsagenturen und Kommunen das Recht einzuräumen, **Kontoabfragen** zu veranlassen.

Man sollte sich allerdings keinen Illusionen hingegen: Die Aufwendungen des Staates zur Finanzierung der Erwerbslosigkeit werden es dann spürbar sinken wenn es gelingt, in Deutschland endlich wieder mehr Jobs zu schaffen. Dazu bedarf es aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik einschneidender Reformen, die Teil eines **intelligenten Gesamtkonzeptes** sein müssen. Ein solches Konzept ist aber – trotz oder vielleicht gerade wegen der Großen Parteienkoalition in Berlin – bis heute nicht erkennbar.

Tiefensee will höhere Bußgelder für Autofahrer

Ginge es nach dem Willen von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, dann müssen sich Deutschlands Autofahrer schon bald auf eine **drastische Anhebung der Bußgelder für Verkehrsverstöße** einstellen. Obwohl der Gesetzgeber die Strafen erst Anfang Mai erhöht hatte, möchte der SPD-Politiker den maximalen Bußgeldrahmen für Delikte wie Geschwindigkeitsüberschreitungen, Drängeln sowie Alkohol und Drogen am Steuer noch einmal verdoppeln. Verkehrssünder hätten sich dann auf Zahlungen von **bis zu 3.000 Euro** einstellen. Während Tiefensee seinen auch in der eigenen Partei stark umstrittenen Vorstoß mit der Notwendigkeit rechtfertigt, die „vernünftigen Autofahrer“ mit „drakonischen, abschreckenden Strafen“ vor Verkehrsrowdies zu schützen, werfen Kritiker dem Bundesverkehrsministerium bloße **Abzockerei der Autofahrer** vor. Die Verkehrssicherheit auf den

Straßen, so der ADAC, bestimmt sich nicht aus der Höhe der Bußgelder, sondern der Kontrolldichte vor allem an Gefahrenstellen. Das zeigen auch die Erfahrungen anderer EU-Staaten, in denen die Autofahrer bei Verkehrsverstößen häufig sehr viel stärker zur Kasse gebeten werden als derzeit noch in Deutschland. Dennoch sind z.B. in Frankreich mehr Unfallopfer zu beklagen als bei uns.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es Tiefensee nicht in erster Linie um die Verkehrssicherheit, sondern einen Beitrag zur Sanierung der maroden deutschen Staatsfinanzen geht, den einmal mehr Deutschlands Autofahrer leisten sollen. Werden nämlich die Strafen für gefährliche Verkehrsverstöße noch einmal erhöht, wird das nach Ansicht des ADAC zwangsläufig zu einer **Anhebung des gesamten Bußgeldkataloges** führen. Dann

müssen Autofahrer auch bei kleineren Verkehrsdelikten, die tagtäglich in sehr viel größerer Zahl vorkommen, tiefer in die Tasche greifen.

Der BIW meint: Der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Tiefensee, die Bußgelder für Verkehrssünder innerhalb weniger Wochen nun schon zum zweiten Mal drastisch anzuheben, paßt zum Bild einer Regierung, die ihre Finanzprobleme vor allem durch eine Steigerung der Einnahmen zu lösen sucht, und zwar auf Kosten der Bürger. Für die Verkehrssicherheit bringen höhere Strafen in der Tat wenig, wenn es nicht genügend Polizei gibt, um die Verstöße auch zu ahnden. Umgekehrt wird die Straßenverkehrsordnung immer häufiger von **Kommunen dazu mißbraucht, um die leere Stadtkasse zu füllen**. In manchen Kommunalhaushalten sind diese Einnahmen sogar fest eingeplant. Radarkontrollen werden deshalb nicht an Unfallschwerpunkten, sondern vorzugsweise an Stellen durchgeführt, die viele Verkehrsverstöße und damit Bußgeldein-

nahmen erwarten lassen. Dieser Praxis muß vom Bundesgesetzgeber endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Es ist zu gewährleisten, daß verkehrsüberwachende Maßnahmen tatsächlich nur dort stattfinden, wo das durch die Gefahrenlage auch gerechtfertigt ist – hier aber möglichst lückenlos.

Außerdem sollte man im Bundesverkehrsministerium einmal darüber nachdenken, dem Beispiel der Schweiz zu folgen und Bußgelder für Vergehen im Straßenverkehr nach dem **Monatseinkommen der Sünder** zu staffeln. Denn es ist unmittelbar nachvollziehbar, daß eine Geldstrafe von 200 Euro eine Krankenschwester mit 20.000 Euro Jahreseinkommen sehr viel stärker schmerzt als einen Chefarzt, der im gleichen Zeitraum 200.000 Euro verdient. Die Bemessung der Geldbußen muß sich also an der **individuellen Leistungsfähigkeit orientieren**. Nur so ist auch bei besser-situierten Verkehrsteilnehmern der gewünschte Abschreckungseffekt zu erzielen.

Kurz notiert

Auf der Liste der **reichsten Menschen der Welt**, die das US-Magazin „Forbes“ regelmäßig veröffentlicht, finden sich in diesem Jahr 793 Milliardäre. Das sind 102 mehr als noch in 2005. Davon sind 452 Selfmademilliardäre, haben also ihr Vermögen nicht geerbt, sondern aus eigener Kraft geschaffen. Das Gesamtvermögen der Superreichen aus 49 Ländern beläuft sich derzeit auf 2,6 Billionen US-Dollar - 18 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Im Durchschnitt besitzt jeder der auf der Forbes-Liste genannten Personen ein Vermögen von 3,3 Milliarden Dollar. Als reichster Mann der Welt gilt nach wie vor der Microsoft-Gründer Bill Gates, der auf 50 Milliarden Dollar geschätzt wird. Die

meisten Milliardäre kommen aus den USA, nämlich 371. Auf Platz zwei folgt Deutschland mit 55 Milliardären – allen voran die Brüder Karl und Theo Albrecht, Eigentümer der Discounter-Kette Aldi.

+++

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes ist die **Zahl der Einwohner Deutschlands** im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen. Lebten Ende 2004 noch 82,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, sind es 2005 nur noch 82,45 Millionen gewesen. Während die Zahl der Sterbefälle mit ca. 820.000 nahezu konstant blieb, ist bei den Lebendgeborenen ein deutlicher Rückgang von 706.000 auf nur noch 680.000 zu verzeich-

nen. Damit waren 2005 etwa 140.000 mehr Todesfälle als Neugeborene zu verzeichnen. In 2004 hatte das Geburtendefizit noch 113.000 Menschen betragen. Dagegen konnte Deutschland auch 2005 einen Zuwanderungsüberschuß verzeichnen: Knapp 100.000 Personen sind aus dem Ausland mehr zugezogen als Deutschland verlassen haben.

+++

Die Zahl der registrierten **Abtreibungen in Deutschland** ist im ersten Quartal 2006 um 0,7% oder 200 Fälle gestiegen. 71% der Schwangerschaftsabbrüche wurden von Frauen im Alter zwischen 18 und 34 Jahren vorgenommen. Rückläufig ist dagegen die Zahl der Abtreibungen bei Jugendlichen unter 18 Jahren mit einem Minus von 8%. Insgesamt wurden in den ersten 3 Monaten 32.800 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Ausgehend von den Daten des ersten Quartals ergibt sich hochgerechnet auf das Gesamtjahr eine Zahl von über 131.200 Abtreibungen in Deutschland. 2005 wurden 124.000 Abbrüche registriert. Lebensschützer gehen aber unter Berücksichtigung der Dunkelziffer von einer bis zu doppelt so hohen Zahl von Kindstötungen im Mutterleib aus.

+++

Der **Konsum von Cannabis** in Deutschland hat im vergangenen Jahr bundesweit

stark zugenommen. Der Fachverband Drogen und Rauschmittel zählt derzeit etwa 50.000 Personen, die von dem häufig als „weiche Droge“ verharmlosten Suchtstoff abhängig sind. Daneben gibt es hierzulande 250.000 Heroin- und weitere 440.000 Kokainkonsumenten.

+++

Die von **deutschen Unternehmen abgeführten Steuern** werden im laufenden Jahr mit voraussichtlich 93,4 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor sein. Das wären 6 Milliarden Euro mehr als noch in 2005. Diese Zahl ergibt sich aus einer Berechnung des Kölner Instituts für Wirtschaft (IW) auf Basis der jüngsten Steuerschätzung. Nach Ansicht des IW wird sich der positive Trend bei den Unternehmenssteuern in den kommenden Jahren fortsetzen. 2010 dürften die von Gewerbetreibenden und Freiberuflern gezahlten Steuern erstmals die Marke von 100 Milliarden Euro übersteigen. Einen besonders großen Zuwachs haben die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer erfahren, die in diesem Jahr mit geschätzten 34,2 Milliarden Euro einen neuen Rekordstand erreichen wird.

+++

Es ist sehr leicht, den Gürtel enger zu schnallen, wenn es ein fremder Gürtel ist. (Alberto Sordi)

Der gute Rat

Die Blüten der Lavendel enthalten ätherisches Öl, das eine beruhigende Wirkung entfaltet. Als Bestandteil von Teemischungen sorgt Lavendel für Entspannung und wirkt schlaffördernd. Das ist allerdings noch nicht alles. Auch zur natürlichen

Ungezieferbekämpfung sind Lavendelblüten bestens geeignet. Im Kleiderschrank sorgen sie nicht nur für einen angenehmen Geruch, sondern schützen die Garderobe vor Kleidermotten, denen der Duft des Lavendel nicht gefällt.

Zu guter Letzt

Großvater sorgt sich um seinen Enkel, der inzwischen 18 ist, aber nie das Haus verläßt weil er ständig vor dem PC sitzt.

Eines Tages spricht ihn der Großvater an: "Weißt du, was ich in deinem Alter getan habe?"

"Nee, was denn?", fragt der Enkel zurück.

"Wir sind nach Paris ins Moulin Rouge gefahren, haben gefressen, gesoffen, mit den Weibern poussiert, haben dem Barmann an die Theke gepinkelt und sind ohne zu zahlen gegangen."

Dem Enkel scheint diese Vorstellung zu gefallen, nicht nur das, sie läßt ihn nicht mehr los, also entscheidet er sich dasselbe zu tun.

Inzwischen sind zwei Wochen vergangen und der Großvater kommt wieder zu Besuch. Da sieht er seinen Enkel komplett

eingegipst und nur noch mit der Hälfte seiner Zähne.

"Mein Gott, was ist denn mit Dir passiert?"

"Tja Großvater. Wir sind nach Paris ins Moulin Rouge gefahren, haben gefressen, gesoffen, mit den Weibern poussiert, haben dem Barmann an die Theke gepinkelt und wollten ohne zu zahlen gehen. Da haben sie uns voll vertrimmt."

Fragt der Großvater: "Mit wem wart ihr denn da?"

"Mit der TUI!"

"Hmh, ja", brummt der Großvater, "das war der Fehler!"

"Warum, mit wem warst du denn da?"

"Mit der Wehrmacht!"

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählerversammlung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buenger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.